

DER STANDPUNKT

Und sie lernt es nicht

Die EU-Kommission hat nur noch eine Chance, das Handelsabkommen TTIP zu retten: Durch schonungslose Offenheit VON PETRA PINZLER

Wer ein schwieriges Pferd reiten will, muss sich entspannen. Schlechte Reiter verkrampfen beim ersten Buckeln, ziehen an den Zügeln und steigern so stetig die Gefahr, in den Sand zu fliegen.

Wie ein schlechter Reiter auf einem schwierigen Pferd verhält sich gerade die EU-Kommission beim Umgang mit TTIP. Weil ihr nicht passt, was über das europäisch-amerikanische Abkommen an die Öffentlichkeit gerät, hat sie die Zügel angezogen. Ab sofort sollen deutsche Bundestagsabgeordnete nur noch unter erschwerten Bedingungen bestimmte Dokumente lesen dürfen. Sie müssen dafür extra nach Brüssel reisen und bekommen die Papiere dort in speziellen Räumen vorgelegt. Beim Lesen werden sie dann gut bewacht, damit sie nichts kopieren.

Was für ein Blödsinn. Genau das Gegenteil wäre richtig. TTIP braucht nicht weniger, sondern mehr Öffentlichkeit. Nur wenn die Kommission endlich mit der altmodischen Geheimniskrämerei der Handelsdiplomatie bricht, hat dieses Abkommen überhaupt noch eine Chance. Nur dann kann aus dem Ganzen überhaupt noch etwas Gutes werden – nach inzwischen mehr als zwei Jahren und zehn Verhandlungsrunden. Nur dann wird es in der Öffentlichkeit und damit in den Parlamenten die nötige Zustimmung bekommen.

Stattdessen stellt die Brüssler Bürokratie nun deutsche Abgeordnete unter Generalverdacht und behandelt sie wie Übeltäter. Sie wirft ihnen vor, in der Öffentlichkeit zu viel auszuplaudern, zu viel mit Journalisten und Bürgern zu reden und damit den Erfolg des Projektes zu gefährden. Frei nach dem Motto: Schuld an der schlechten Botschaft ist der Bote.

Sicher stimmt es, dass gerade die Opposition im Deutschen Bundestag TTIP sehr kritisch beurteilt und auch so darüber redet. Und es ist auch richtig, dass Politiker so manches Verhandlungsdokument entsprechend interpretieren und massiv vor dessen Folgen warnen – sollten die Vorschläge jemals in einem Vertrag auftauchen. Aber die Sorgen vieler Bürger vor dem Abkommen wachsen ja nicht wegen einiger Papiere, die die Grünen oder die Linke möglicherweise an die Öffentlichkeit weitergegeben haben. Sie speisen sich seit Monaten aus vielerlei Quellen, darunter auch aus solchen, die die Kommission selbst veröffentlicht hat.

Da mischt sich fundierte Kritik an zu weit reichenden Sonderrechten für Konzerne mit irrationalen Ängsten vor amerikanischen Chlorhühnchen in unseren Supermarktkühltruhen. Da spielt der Ärger über die amerikanischen Geheimdienste ebenso eine Rolle wie das wachsende Misstrauen gegenüber der EU-Bürokratie. Außerdem wächst die berechtigte Sorge, dass durch weitgreifende Handelsabkommen der demokratische Spielraum zu sehr eingeschränkt wird.

TTIP ist längst zu einem Synonym für alle möglichen Übel der Globalisierung geworden. Das muss man nicht per se richtig finden. Doch die Zweifel werden sich nicht durch Geheimniskrämerei neutralisieren lassen. Im Gegenteil: Je mehr die Handelspolitiker verstecken, desto stärker nähren sie die Verschwörungstheorien.

Eine Weile schien es, als ob die EU-Kommission das begriffen hat und auch entsprechend reagiert. Mit der Handelskommissarin Margot Wallström zog im vergangenen Herbst ein neuer Geist in Brüssel ein. Die Schwedin ging auf die Kritiker zu, diskutierte und veröffentlichte viele bis dahin geheime Dokumente. Sie setzte darauf, dass mehr Transparenz auch für mehr Zustimmung sorgen würde. Dass die Bürger, wenn sie nur selbst lesen könnten, worüber die Kommission mit der US-Regierung verhandelt, ihre Angst vor TTIP verlieren würden.

So ganz hat das nicht funktioniert, das Abkommen blieb umstritten. Im Rückblick ist das wenig verwunderlich. Erstens wächst nicht in einem knappen Jahr all das Vertrauen, das zuvor systematisch zerstört worden war. Und zweitens ist die mangelnde Transparenz nicht das einzige Problem an TTIP. Auch in der Substanz ist so manches unsinnig oder gar gefährlich. Zum Beispiel die Idee, durch das Abkommen spezielle Schiedsgerichte für private Investoren einzuführen.

Trotzdem bleibt mehr Offenheit die einzig richtige Strategie: Langfristig wird Brüssel die Bürger überhaupt nur vom Sinn geplanter Freihandelsabkommen überzeugen können, wenn es seine Positionen auf den Tisch legt, und zwar rückhaltlos und in noch viel größerem Maße als bisher. Und wenn es diese Positionen nach berechtigter öffentlicher Kritik verändert. Das mag die Arbeit der Verhandler in den Runden schwieriger machen, weil die Gegenseite auf diese Weise sehr früh von Europas Wünschen und Zweifeln erfahren würde. Aber die weiß im Zweifel durch ihre Geheimdienste sowieso Bescheid.

Wenn Brüssel nicht selbst für Transparenz sorgt, werden es eben andere tun. Immer wieder sind bereits in der Vergangenheit Dokumente im Internet aufgetaucht. Das wird auch künftig nicht aufhören: Erst in der vergangenen Woche lobte das Internetportal Wikileaks einen Preis aus. Derjenige, der dem Portal den fertigen TTIP-Vertragstext zuspielt, soll dafür 100 000 Euro bekommen.

Man kann das lustig finden oder bizarr. Sicher ist: Geheimnisse lassen sich heute nur noch schwer schützen. Dass die Kommission es jetzt trotzdem verzweifelt wieder versucht und damit einen großen Schritt in die Vergangenheit tut, begründet sie übrigens ausgerechnet mit den Amerikanern. Mit denen habe man nun mal Vertraulichkeit vereinbart. Also müsse man deren Dokumente und damit auch die eigene Bewertung vertraulich behandeln und deswegen dafür sorgen, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestags das auch tun.

Das ist formaljuristisch sicher richtig, aber ziemlich dumm. Denn die Lage hat sich doch verändert. Die größte Gefahr für TTIP sind nicht ein paar verärgerte Amerikaner – zumal man mit denen die Regeln durchaus neu vereinbaren könnte.

Die größte Gefahr ist eine final genernte Öffentlichkeit: Wer den Bürgern nicht bald klar und unmissverständlich zeigt, dass er für und nicht gegen sie verhandelt, der hat verloren. TTIP wird für diese Bürger dann unverhandelbar. Und zwar zu Recht.

Die EU-Bürokratie stellt deutsche Abgeordnete unter Generalverdacht – statt sich zu freuen, dass endlich über Handelspolitik diskutiert wird

FORUM

Ein Schlüssel zu mehr Produktivität

Die Weltwirtschaft wächst nicht mehr, das ist ein Problem. Höchste Zeit für Innovationen VON SEBASTIAN BUCKUP

Ob Europas Grexit-Drama oder der Kursrutsch an den chinesischen Börsen, die jüngsten wirtschaftlichen Turbulenzen verbindet ein Problem: niedrige Produktivität. Die vergleichsweise geringe Effizienz, mit der Unternehmen Arbeit und Kapital in Güter und Dienstleistungen umwandeln, verbannet Griechenland regelmäßig ans Ende globaler Wettbewerbsrankings, und die gleichen Faktoren könnten Chinas Aufstieg als Wirtschaftssupremacht bremsen.

Weltweit ist das Produktivitätswachstum auf dem tiefsten Stand seit der Jahrtausendwende abgesackt. Zur Erklärung deuten viele auf den langen Schatten der letzten Wirtschaftskrise, auf veräuserte Investitionen und vergeudetes Talent. Doch ein tieferer Wandel ist im Gange. Globalisierung, technischer Fortschritt und ein einzigartiger demografischer Boom, die großen Antriebskräfte der neunziger und nuller Jahre, haben sich abgenutzt.

Vor der Krise wuchs der Welthandel fast doppelt so schnell wie das globale Pro-Kopf-Einkommen. Das trieb auch die für die Entwicklung so wichtige Verbreitung von Technologie rasant voran. Das Wachstumspotenzial der sogenannten Schwellenländer stieg dadurch in den Jahren vor der Krise auf sagenhafte 7,4 Prozent an. Heute wächst der Handel nur noch halb so stark und zieht das Wachstum mit nach unten.

Der Rückgang des Handels und die Entschleunigung technologischer Angleichung stellen Länder wie China vor große Probleme. Der Ruf von Premier Li Keqiang nach einer globalen Industriepolitik, die westliches Know-how und chinesische Produktionskapazitäten verbindet, ist nur eine von vielen Reaktionen, um die Effizienz von Chinas Wirtschaft anzukurbeln.

Und es drohen weitere Gefahren. Der Aufstieg Chinas wurde durch einen breiten Strom armer Landarbeiter in die Städte ermöglicht. Dieser Strom nimmt stetig ab. Die durch Chinas Ein-

Kind-Politik verstärkte Verknappung der Arbeitskräfte wird die Löhne nach oben drücken – aber auch die Belastungen durch die Renten der alternden Gesellschaft. China wird produktiver werden müssen, um seinen Aufstieg fortzusetzen.

Die Volksrepublik ist aber nicht das einzige Land mit einer alternden Gesellschaft. Kommen in Europa heute vier potenziell Erwerbstätige auf einen im Rentenalter, sind es 2050 nur noch zwei. Vor diesem Hintergrund ist die Angst vor einer fortschreitenden Automatisierung der Arbeitswelt übertrieben: In alternden Gesellschaften ist diese unausweichlich, wenn der Wohlstand weiter zunehmen soll.

Niedrigzinspolitik und massive staatliche Investitionen konnten in der Weltwirtschaftskrise das Schlimmste abwenden. Heute reicht das globale Wachstum wieder an das Niveau vor 2007 heran. Bildlich gesprochen, ist das Boot nicht gesunken, doch um auf Kurs zu kommen, müssen wir uns mit dem auseinander-

ersetzen, was einst das Wachstum angetrieben hat: der an ihre Grenzen stoßenden Globalisierung, einem damit verbundenen lahmen technischen Fortschritt und dem Ende einer einzigartigen demografischen Dividende. Den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft muss mit einer höheren Arbeitsmarktbeschäftigung, einer besseren Bildungsqualität und einer intelligenteren Einwanderungspolitik begegnet werden. Am wichtigsten jedoch ist die Förderung von Innovation. Die ist nicht nur der Schlüssel zu mehr Produktivität, sondern kann auch zur Lösung vieler globaler Herausforderungen beitragen.

Doch was treibt Innovation? Darüber wird heute wieder leidenschaftlich gestritten. Ökonomen wie der Nobelpreissträger Edmund Phelps beispielsweise preisen den Unternehmerrgeist und

warnen vor staatlichen Eingriffen. Ganz anders die junge Ökonomin Mariana Mazzucato, die betont, dass wichtige Innovationen oft erst durch den Staat ermöglicht werden. Alles, was das Smartphone »smart« macht, sagt die Professorin, die an der Sussex-Universität lehrt, basiere auf Ergebnissen der öffentlichen Forschung: von Internet und GPS bis hin zu den Algorithmen hinter dem Sprachassistenten Siri.

Letztlich geht es also um das komplexe Zusammenspiel beider Akteure. Oder wie Harvard-Professor Ricardo Hausmann schreibt: »Staaten aufzufordern, Unternehmen aus dem Weg zu gehen, ist wie Fluglotsen aufzufordern, Piloten aus dem Weg zu gehen.« Um zusammen zu funktionieren, gemeinsam innovativ zu sein, braucht es Vertrauen; ein knappes Gut in Zeiten von Spähattacken und gesellschaftlicher Polarisierung.

Vertrauen ist auch auf globaler Ebene der Schlüssel zu mehr Innovation. Handelsliberalisierungen haben ihr Potenzial weitgehend ausgereizt. Jetzt kommt es darauf an, dass Unternehmen und Institutionen nicht nur die Fertigung, sondern auch Forschung und Entwicklung globalisieren. Das birgt nicht nur bei Bildung und Infrastruktur neue Herausforderungen, sondern auch in Bezug auf die Bekämpfung von Korruption, auf Rechtssicherheit und den Schutz geistigen Eigentums.

Die Energie, mit der Forscher und Unternehmer an neuen Lösungen und Technologien feilen, ist beeindruckender denn je. Für Wachstum und gesellschaftlichen Fortschritt bedarf es aber mehr. Wir brauchen neue Formen der Zusammenarbeit über Grenzen von Unternehmen, Sektoren und Staaten hinweg, bei der nicht Profit, sondern Produktivität im Zentrum steht.



Sebastian Buckup ist seit 2008 für das Weltwirtschaftsforum tätig. Er ist Programmdirektor der Annual Meetings in Davos und China

Foto: World Economic Forum; Bundesverband Deutsche Startups e.V. (2)

FORUM

Start-ups wird ein Bein gestellt

Schäubles Gesetzesentwurf könnte jene Geldgeber ausbremsen, die Gründer dringend brauchen VON CHRISTIAN MIELE

Ein enttäuschtes Stöhnen geht durch unsere deutsche Start-up-Welt. Es tut uns im Herzen weh, wenn wir den neuen Gesetzesentwurf zur Reform der Investmentbesteuerung lesen, herausgegeben vom Bundesfinanzministerium. Hinter dem Entwurf verbirgt sich Wolfgang Schäubles Vorschlag, Privatinvestoren – auch Business Angels genannt, die für die Szene überlebenswichtig sind – bei ihren Gewinnen aus Start-up-Beteiligungen tiefer in die Taschen zu greifen. Diese Gewinne aber sind bitter nötig, um die Finanzierungskette am Leben zu halten. Und um neue, junge Unternehmen mit Startkapital auszustatten.

Eine solche Reform, in der Szene auch Anti-Angel-Gesetz genannt, konnte 2012 glücklicherweise bereits einmal abgewendet werden. Der ehemalige Vizekanzler und Wirtschaftsminister Philipp Rösler hatte den negativen Einfluss einer solchen Gesetzgebung verstanden. Seine Nachfolger in der Bundesregierung vernachlässigen diese Erkenntnis leichtfertig – zum Leidwesen einer ganzen Industrie. Und das trotz parteiübergreifenden Entsetzens von vielen Kollegen aus dem Bundestag, die

auf der Seite der Start-ups stehen und ebenfalls ungläubig mit dem Kopf schütteln.

Die junge Anlageklasse in und um Start-ups hat es schwer genug, auf sich aufmerksam zu machen, fehlt es in Deutschland doch immer noch an weiteren, fähigen und willigen Privatinvestoren. Ebenjene Investoren sind es aber, die in vielen Fällen den Grundstein für weltmarktführende Technologiefirmen legen, damit Tausende von Arbeitsplätzen schaffen und neue Steuereinnahmen für den Staat generieren. Sollte der aktuelle Entwurf nun tatsächlich Gesetz werden, verringert das Finanzministerium nicht nur die Anreize, als Business Angel aktiv zu werden, sondern es gleichzeitig auch eine wichtige Zulieferrampe für existierende, staatliche Förderprogramme und professionelle Wagniskapitalgeber.

Bereits ein Drittel aller Gelder, die in der Frühphase in Jungfirmen investiert werden, stammen

von Business Angels, wie der Deutsche Startup Monitor 2014 belegt. Das Ministerium kann es sich dabei nicht leisten, der Innovation einen Keuschheitsgürtel anzulegen.

Unsere Gründerszene wird sich davon nicht unterkriegen lassen und zeigt einstimmig Flagge. Sie ist es gewohnt, mit Herausforderungen und wechselnden Bedingungen umzugehen, das ist schließlich eine Kernkompetenz von Unternehmerinnen und Unternehmern. Dennoch ist eine derartige Verunsicherung durch den Gesetzgeber ernüchternd. Sie ist konträr zu den Versprechungen der Bundesregierung, die Finanzierungsbedingungen für Gründerinnen und Gründer in Deutschland nicht zu gefährden.

Wolfgang Schäuble stellt damit nicht nur den Start-ups und der digitalen Transformation ein Bein, sondern auch sich selbst.



Christian Miele ist Mitglied des Vorstands im Bundesverband Deutsche Start-ups, der hierzulande die Gründer vertritt

ANZEIGE

Das neue Magazin

ZEIT GOLFEN

Widersprüchlich: Che Guevara und die politische Seite des Golfs

Spektakulär: Ein Besuch auf dem olympischen Grün in Rio de Janeiro

Beglückend: Die 18 schönsten Golfplätze in Europa

Ab 27. August kostenlos in der ZEIT.

Nächste
Woche in
Ihrer ZEIT

www.zeit.de

Genießen Sie **DIE ZEIT**